Heiner Geißler: Frieden gibt es nur in Freiheit

Dr. Heiner Geißler, geboren 1930, ist seit 1977 Generalsekretär der CDU.

Die gegenwärtige Friedensdiskussion in unserem Lande hat mehrere Ebenen. Nur vordergründig geht es um das Pro und Contra zum Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979, in dem die Nachrüstung des westlichen Bündnisses ab 1983 von erfolgreichen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung mit der Sowjetunion abhängig gemacht wird. Im Kern trifft die Friedensdiskussion die Fundamente unserer Außenpolitik. Dabei geht es um die Frage, ob wesentliche Grundsätze deutscher Außenpolitik, über die seit Konrad Adenauer weitgehende Übereinstimmung bestand, aufgegeben werden sollen. Es ist ein Bruch, der nicht die tägliche Planung und Durchführung von Außenpolitik meint, sondern die aufkommende Diskrepanz in den grundsätzlichen Wertvorstellungen, die diese Politik leiten. Verkürzt formuliert steht dem Konzept „Frieden in Freiheit" heute bereits das Konzept „Frieden um jeden Preis" gegenüber. Wer wie die Regierungskoalition die deutsche Außenpolitik vor allem als „Friedenspolitik" bezeichnet, übersieht nicht nur, daß der Friede in den siebziger Jahren nicht sicherer geworden ist. Er bereitet ein Klima vor, in dem eine außenpolitische Werteordnung postuliert wird, die den Frieden bedingungslos und einzig an die oberste Stelle rückt. Und wer dies tut, kann zunächst des Beifalls sicher sein. Wer könnte gegen Frieden sein in einer Zeit, in der Krieg keine denkbare Alternative der Politik mehr ist?

Doch wer diesen Beifall akzeptiert, macht es sich zu leicht. Frieden, die große Sehnsucht der Völker und des einzelnen, wird hier als Angebot ohne Preisangabe, als politischer Lockruf an die Gutgläubigen offeriert, als gäbe es ihn zum Nulltarif. Wer an dieser Stelle nachfragt, welcher Friede denn gemeint sei, läuft Gefahr, als Friedensstörer, wenn nicht gar als Säbelraßler diffamiert zu werden. Das ist neu in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dies markiert den Einschnitt. Und dies gibt Veranlassung, die Frage nach den außenpolitischen Prinzipien und Prioritäten der Bundesrepublik Deutschland, die das Beispiel der Unfreiheit in einer geteilten Nation täglich vor Augen hat, neu zu stellen.

Dabei gibt es keinen anderen Politikbereich, in dem anfängliche Zielvorstellung und spätere Zielverwirklichung derart zusammenfallen wie in unserer Außenpolitik nach 1949. Im raschen Wandel der weltpolitischen Rahmenbedingungen hat die kontinuierliche Durchsetzung eines einmal als richtig erkannten außenpolitischen Konzeptes der Bundesrepublik Deutschland mehr gebracht, als nach dem Zusammenbruch von 1945 je erwartet werden konnte: die Schaffung und Bewahrung der staatlichen Identität und zugleich die Sicherung der Freiheit nach innen und außen. Die durch Konrad Adenauer gelegten Fundamente dieser Außenpolitik sollten sich als derart stabil erweisen, daß spätere, von der SPD geführte Regierungen sich der Kontinuität ihrer Grundlinien lange Zeit nicht entziehen konnten.

Vor dem Hintergrund einer ebenso einfachen wie zutreffenden Lagebeurteilung - Bedrohung des freien Teils Westeuropas durch eine expansive Sowjetunion - war die Außenpolitik des ersten Bundeskanzlers durch drei Elemente geprägt:

- Freiheitssicherung,
- Wiedererlangung der Souveränität,
- Westintegration.

Die Verwirklichung dieser Zielvorstellungen setzte Frieden voraus. Aber keinen bedingungslosen Frieden. Die unlösbare Einheit von Frieden und Freiheit für die Bundesrepublik Deutschland hat hier ihren historischen Ursprung: Der Friede hat der Freiheit zu dienen. Er ist ihr höchster Zweck. Diese Reihenfolge der politischen Grundwerte war eine der Grundlagen der Bündnispolitik Adenauers. Eine andere politische Werteskala hätte den Verzicht auf den wesentlichen Bestandteil „freiheitlicher" Demokratie bedeutet.

Mit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition hat sich diese Grundorientierung deutscher Außenpolitik graduell verändert. Im Zuge einer Ost- und Deutschlandpolitik, die vor allem als Friedenspolitik vermarktet wurde, wurde der Friede in zunehmendem Maße zu einem absoluten politischen Wert. Zugleich wurden die Grundlagen deutscher Außenpolitik verändert. Die Politik eines wertunabhängigen Friedens fördert die Neigung zu einer Politik des bedingungslosen Friedens.

Frieden um jeden Preis aber kann man nicht durch militärische Mittel erhalten, sondern nur dadurch, daß man sich durch Selbstentwaffnung die Möglichkeit nimmt, „unfriedlich" zu handeln. In klarer Erkenntnis dieses Zusammenhanges hat Clausewitz schon vor langer Zeit den Satz geprägt, schuld am Kriege sei nur der Verteidiger. Der Angreifer ziehe es immer vor, seine Eroberung friedlich zu machen. Eine Politik, die den Frieden als höchsten Grundwert bezeichnet, kann in letzter Konsequenz Streitkräfte entweder für völlig entbehrlich halten oder aber im Ernstfall von vornherein auf die Kapitulation festgelegt sein. Die Brisanz dieser Zusammenhänge ist offenkundig.

Die sozial-liberale Koalition läuft mit der Modifizierung des Prioritätenkatalogs politischer Grundwerte Gefahr, ein Konzept zu verfolgen, das mit einer wehrhaften Demokratie und der aktiven Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Atlantischen Allianz prinzipiell — und auf Dauer auch praktisch — unvereinbar ist. Hier liegt denn auch die eigentliche außenpolitische Alternative der Opposition, die unmittelbar an die Adenauerschen Grundlinien anknüpft, ohne den Wandel des internationalen Systems zu verkennen. Wenn der erste Bundeskanzler noch von dem einfachen Schema einer vom Ost-West-Konflikt geprägten bipolaren Welt ausgehen konnte, stehen wir heute vor einer komplexeren Situation. Zwar ist der Ost-West-Konflikt - trotz des Versuches von Entspannungspolitik in den 70er Jahren - wieder zu

einem bestimmenden Faktor der internationalen Beziehungen geworden. Dieser Konflikt wird zunehmend jedoch durch den Nord-Süd-Gegensatz überlagert, der wegen des wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern weiter zunimmt.

Die weltpolitische Situation ist heute weit komplexer als in den fünfziger Jahren. Sie ist geprägt:

- durch die anhaltend expansive Politik der Sowjetunion,
- durch unverantwortliche Überrüstung in vielen Teilen der Welt,
- durch vielfache Verletzung elementarer Menschenrechte,
- durch Armut und Elend in den Entwicklungsländern.

In Europa hat sich seit einigen Jahren eine besondere Gefährdung des Friedens ergeben. Durch die Stationierung qualitativ neuer Mittelstreckenraketen in hoher Zahl hat sich die Qualität der sowjetischen Bedrohung und die strategische Lage in Europa dramatisch zuungunsten des Westens verändert. Die Fähigkeit des Westens zur Abschreckung ist in Europa nicht mehr lückenlos. Eine realistische Politik für Frieden und Freiheit muß angesichts dieser Herausforderung die Fähigkeit zur Verteidigung und die Bereitschaft zu Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und Abrüstung miteinander verbinden. Der Doppelbeschluß der NATO trägt dem Rechnung.

Die CDU hält angesichts der verheerenden Wirkungen moderner Massenvernichtungswaffen im Falle ihres Einsatzes und wegen der großen Not in der Dritten Welt nach wie vor ernsthafte Verhandlungen über ausgewogene, eindeutige und überprüfbare Rüstungsbegrenzung und Abrüstung für eine dringende Notwendigkeit. Ziel dieser Verhandlungen muß ein Gleichgewicht der Macht auf einem niedrigeren Niveau der Rüstungen sein, das der Sicherheit aller Staaten angemessen Rechnung trägt. Wir treten ein für Abrüstung mit Sicherheit. Einseitige Abrüstung allerdings gefährdet unsere Sicherheit und den Frieden. 30 Jahre Frieden und Freiheit in Europa sind kein Grund für eine Vernachlässigung der Verteidigungsbereitschaft, 30 Jahre Frieden und Freiheit sind vielmehr die Folge unserer Bereitschaft zur Verteidigung und zur Aufrechterhaltung von Gleichgewicht als Bedingung unserer Sicherheit.

Die Durchsetzung dieser ebenso einfachen wie richtigen Erkenntnis wird heute zunehmend schwieriger. In unserem Land wächst eine Generation heran, für die Frieden, Freiheit und Wohlstand selbstverständlich sind, weil sie Krieg und Not nicht kennengelernt hat.

Vier Kernbereiche schälen sich heraus, in denen wir die Auseinandersetzung mit den Gruppen der „alternativen Sicherheitspolitik" führen:

1. die vor allem durch den Vergleich von Rüstungsdaten gekennzeichnete Diskussion;

2. der politisch-historische Bereich;
3. die ethisch-moralische Dimension;
4. der Bereich, in dem vorrangig soziale Argumente, insbesondere im Hinblick auf die Dritte Welt, zur Diskussion stehen.

Die Stärke deutscher Außenpolitik der vergangenen drei Jahrzehnte lag in ihrer Kontinuität, wobei die Grundentscheidungen und Wertbezüge Konrad Adenauers nicht bezweifelt wurden. Dies ist heute anders. Deutsche Außenpolitik wird nicht mehr vorrangig dem Wandel des internationalen Systems angepaßt, sie wird in ihren Wertbezügen verändert. Wer nur noch von Frieden spricht, kann nicht Frieden in Freiheit meinen. Hier liegt der fundamentale Unterschied im Ansatz christlich-demokratischer Außenpolitik und einer Politik, die dabei ist, bisherige Grundlagen zu verlassen. Dabei wird eine Wegmarke von historischer Dimension erreicht. Die CDU wird an dieser Wegmarke bleiben, was sie stets war: die Partei, für die Freiheit die entscheidende Qualität des Friedens ist.

Trotz großer Friedenssehnsucht und bei allem glücklicherweise vorhandenen Engagement für den Frieden ist sich die junge Generation vielfach nicht mehr bewußt, daß Frieden und Freiheit keine naturgegebenen Rechte sind, die gleichsam nur den Sockel einer Anspruchspyramide bilden, sondern daß die Erhaltung und Entfaltung von Frieden und Freiheit beständig neu erarbeitet werden müssen.

Diese Zusammenhänge zu verdeutlichen ist eine wichtige Aufgabe, der sich die Politiker aller demokratischen Parteien im Rahmen der Friedensdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland stellen müssen.